



Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie. Das Wichtigste in Kürze

BMUV-Informationspapier

Warum braucht Deutschland eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie?

Rohstoffe verursachen oft hohe Kosten – für die Umwelt und für die Wirtschaft. Eine Wirtschaftsweise, die immer mehr neue (primäre) Rohstoffe braucht, ist deshalb auf Dauer weder ökonomisch noch ökologisch tragfähig. Die Wirtschaft der Zukunft wird eine Kreislaufwirtschaft sein. Sie erhält den Wert von Rohstoffen und Produkten so lange wie möglich. Das schützt Umwelt und Klima, macht die Versorgung mit Rohstoffen sicherer und nutzt so der Wirtschaft sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern:

- Abbau und Verarbeitung von Rohstoffen belasten **Umwelt und Klima**. Die Folgen sind zerstörte Natur, mit Schadstoffen verschmutzte Böden und Gewässer, ein hoher Wasserverbrauch und hohe CO₂-Emissionen. In zentralen Branchen unserer Wirtschaft wird der überwiegende Teil der Emissionen indirekt durch die Menge der eingesetzten Rohstoffe verursacht. Umgekehrt heißt das: Wenn wir durch Kreislaufwirtschaft Rohstoffe einsparen, werden wir unsere **Klimaziele** schneller und sicherer erreichen. Und wir bewahren gleichzeitig unsere wertvollen natürlichen Lebensgrundlagen.
- Kreislaufwirtschaft ist ein Markt der Zukunft und aktives Risikomanagement für die **Wirtschaft**. Denn Rohstoffe sind oft knapp und teuer. Lieferketten werden immer wieder gestört oder unterbrochen. Zugleich sind wir bei vielen Rohstoffen von Importen aus wenigen, oft instabilen Ländern abhängig. Die Kreislaufwirtschaft eröffnet Chancen für neue, zirkuläre Geschäftsmodelle, verringert den Bedarf an Primärrohstoffen und macht uns wettbewerbsfähiger und unabhängiger von Importen.
- **Verbraucherinnen und Verbraucher** wünschen sich echte Wahlmöglichkeiten: Mehrweg statt Einweg, Leihen statt Kaufen, Reparieren statt Wegwerfen. Sie wollen, dass Produkte ökologisch vorteilhaft und langlebig sind. Kreislaufwirtschaft ermöglicht nachhaltigen Konsum.

Was ist die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)?

Die Strategie bündelt alle Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft. Alle Stationen des Kreislaufs werden dabei berücksichtigt: die Gestaltung von Produkten, die Auswahl der Materialien, die Produktion, die möglichst lange Nutzungsphase und schließlich die Wiederverwendung oder das Recycling. Die NKWS soll dazu beitragen, dass Abfall möglichst gar nicht erst entsteht. Das kann gelingen, wenn Produkte klug designt, effizient hergestellt, länger nutzbar und einfacher zu reparieren sind und indem alle Rohstoffe soweit es geht im Kreislauf geführt werden, von Baustoffen über Textilien bis hin zu Industriemetallen. Das ist technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll.

Der Entwurf der NKWS wurde auf Grundlage eines breit angelegten Dialogs mit einer Vielzahl von Akteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette verschiedener Branchen erarbeitet. Sie schafft den Rahmen dafür, dass Deutschland die Chancen der Kreislaufwirtschaft für sich nutzen und global zum Technologieführer für Kreislaufwirtschaft werden kann. Dem Qualitätsversprechen „Made in Germany“ wird mit „Circularity made in Germany“ neue Strahlkraft verliehen. Diesen Prozess wollen wir mit allen Beteiligten gemeinsam weiter vorantreiben.

Was sind die Ziele der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie?

1. Verbrauch neuer (primärer) Rohstoffe verringern. Derzeit verbrauchen wir in Deutschland jährlich gut 16 Tonnen Rohstoffe pro Kopf, für Konsum und wirtschaftliche Investitionen. Bis 2045 soll dieser Rohstoff-Fußabdruck pro Kopf auf jährlich acht Tonnen halbiert werden. Damit haben wir bereits begonnen. Denn mit der Energiewende, dem Ausstieg aus der Kohleverbrennung, mehr ressourcensparendem Leichtbau und der Stärkung von Recycling und Abfallvermeidung haben wir schon viele wichtige Hebel in Bewegung gesetzt.
2. Stoffkreisläufe schließen. Derzeit sind nur 13 Prozent der in Deutschland eingesetzten Rohstoffe schon einmal genutzte, wiederaufbereitete Rohstoffe, sogenannte Sekundärrohstoffe oder Rezyklate. Der gesamte Rest sind Primärrohstoffe. Wir greifen das EU-Ziel auf, den Anteil der Sekundärrohstoffe am Rohstoffverbrauch bis 2030 zu verdoppeln, und werden bei allen wichtigen Stoffströmen – Baustoffen, Kunststoffen, vielen Metallen – die Nutzung wieder aufbereiteter Rohstoffe erheblich steigern.
3. Unabhängigkeit von Rohstoffimporten stärken. Mit dem Critical Raw Materials Act verfolgt die EU unter anderem das Ziel, 25 Prozent des Bedarfs an strategischen Rohstoffen bis 2030 durch Recycling zu decken. Die NKWS hilft dabei, dass dieses Ziel erreicht wird.

4. Abfall vermeiden. Pro Kopf sollen bis zum Jahr 2030 zehn Prozent und bis zum Jahr 2045 20 Prozent weniger Abfall produziert werden, jeweils im Vergleich zum Jahr 2020.

Welche Maßnahmen enthält die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie?

Die Strategie enthält ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um die oben genannten Ziele in verschiedenen Handlungsfeldern zu erreichen – von Gesetzesinitiativen, dem Einsatz digitaler Technologien über Förderprogramme bis zu Forschung, Qualifizierung, öffentlicher Beschaffung und Wissenstransfer. Die Maßnahmen berücksichtigen alle relevanten Bereiche der Kreislaufwirtschaft. Zum Beispiel:

- Digitalisierung stärken – denn digitale Informationen sind das A und O, damit die einzelnen Teile des Kreislaufs ineinandergreifen können. Der digitale Produktpass ist dabei das zentrale Instrument. Er soll alle relevanten Informationen zum Produkt enthalten, zum Beispiel zu den verwendeten Materialien und zur Reparatur. Deutschland setzt sich dafür ein, dass der Pass bis 2030 für alle wichtigen Produktgruppen EU-weit eingeführt wird.
- Produktdesign neu ausrichten – denn wie gut der Kreislauf funktioniert, entscheidet sich schon bei der Gestaltung der Ware. Immer mehr Produkte, die auf den EU-Binnenmarkt kommen, sollen von vornherein langlebig, reparier- und recycelbar sein – vom Kühlschrank bis zur Jeans. Dafür setzt sich die Bundesregierung bei der Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Ökodesign-Richtlinie und der neuen Ökodesign-Verordnung ein.
- Ressourceneffizient produzieren – denn den Rohstoffeinsatz in der Produktion zu senken spart Betriebskosten und hilft der Umwelt. Die Bundesregierung wird Betriebe - insbesondere KMU – dabei unterstützen, den Ressourceneinsatz zu verringern: durch gezielte Förderprogramme, etwa zu digitalen Anwendungen zur Steigerung der Ressourceneffizienz in zirkulären Produktionsprozessen oder durch Beratungs- und Qualifizierungsangebote.
- Nachhaltigen Konsum fördern – damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich für Kreislaufwirtschaft entscheiden können. Viele Menschen wünschen sich, dass Produkte besser reparierbar sind. Die Bundesregierung wird deshalb das europäische Recht auf Reparatur wirksam umsetzen und Reparaturinitiativen in Deutschland fördern. Damit umweltfreundliche und ressourcenschonende Produkte beim Kauf klar erkennbar sind, setzt sich die Bundesregierung weiter gegen Greenwashing ein und unterstützt zum Beispiel die Schaffung eines Umweltzeichens für ressourceneffiziente Software.
- Öffentliche Beschaffung als Hebel nutzen – Bund, Länder und Kommunen sind wichtige Akteure auf dem Markt. Wenn sie alle zusammen als öffentliche Hand langlebige, effiziente und kreislauffähige Produkte nachfragen, wird auch das Angebot von solchen Produkten steigen. Gleichzeitig zeigen sie

auch anderen Marktakteuren, was möglich und was langfristig wirtschaftlich ist. Das betrifft den Kauf von Computern genauso wie den Bau von öffentlichen Gebäuden. Deshalb wollen wir alle rechtlichen Vorgaben auf eine Beschaffung nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausrichten.

Wie geht es weiter mit der Kreislaufwirtschaftsstrategie?

Die Kreislaufwirtschaftsstrategie wird jetzt zwischen den Ressorts abgestimmt. Zudem werden auf Basis des nun vorliegenden Entwurfs die Verbände und Länder erneut beteiligt. Dies umfasst die Möglichkeit zu Stellungnahmen zu den Vorschlägen des BMUV, aber auch den persönlichen Austausch, etwa beim 2. Dialogforum Anfang Juli mit Ministerin Steffi Lemke. Die Stellungnahmen werden ausgewertet und in die Diskussion innerhalb der Bundesregierung eingebracht. Ziel ist es, die Strategie im Herbst 2024 im Kabinett zu verabschieden.